

Berlin, 19. Mai 2014

P R E S S E M I T T E I L U N G

djb fordert die Aufsichtsrätinnen-Richtlinie auf europäischer Ebene ein

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) unterstützt den Vorschlag für die Aufsichtsrätinnen-Richtlinie (Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen, COM(2012) 614). In seiner Stellungnahme (<http://www.djb.de/Kom/K5/st14-09/>) setzt sich der djb mit dieser Richtlinie sowie mit den weitergehenden Empfehlungen des Europäischen Parlaments eingehend auseinander. Der Kommissionsvorschlag sieht eine 40%ige Zielquote für Frauen in Aufsichtsräten bis 2020 vor, wobei er den Mitgliedstaaten die Realisierung überlässt.

„Schon der Kommissionsvorschlag ist mehr als zurückhaltend. Umso weniger nachvollziehbar ist die deutsche Blockadehaltung im Ministerrat, zumal bereits im Koalitionsvertrag eine Geschlechterquotenregelung für die Aufsichtsräte Programm ist“, so Ramona *Pisal*, Präsidentin des djb.

Der djb befürwortet seit Langem die Einführung verbindlicher gesetzlicher Geschlechterquoten mit Sanktionen verpflichtend in allen EU-Mitgliedstaaten. Dabei ist es wichtig, dass Frauen auf allen Managementebenen gefördert werden, wo sie derzeit noch unterrepräsentiert sind. Nur dann kann künftig eine paritätische Besetzung von Aufsichtsräten und Vorständen gelingen.

Der djb hat seit 2009 im Rahmen des vom BMFSFJ finanzierten Projektes „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ mehr als 300 Hauptversammlungen besucht und kritische Fragen zur Karriereentwicklung von Frauen gestellt, weil sie in den Aufsichtsräten, Vorständen und allen weiteren Führungspositionen eklatant unterrepräsentiert sind. Nun wird die Idee des Projektes auf eine europäische Ebene gehoben. Die Europäische Kommission hat die Finanzierung des vom BMFSFJ kofinanzierten und vom Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt personell unterstützten Projektes „Europäische Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ zugesagt. Die Vorbereitungen laufen. Im ersten Halbjahr 2015 werden europaweit Hauptversammlungen in 12 Mitgliedstaaten besucht werden. Neben den Aufsichtsräten und Vorständen sollen Frauen in Führungspositionen auf allen Managementebenen in den Blick genommen werden.

Das Projektbüro ist unter eu-womenshareholders@djb.de zu erreichen.